

SPERRFRIST: 18. Dezember 2014, 12.00 Uhr

Romani Rose

Rede Gedenkstätte Sachsenhausen, 18. Dezember 2014

Sehr geehrter Herr Staatssekretär,  
lieber Prof. Morsch,  
liebe Überlebende,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,

in der Verfolgungsgeschichte unserer Minderheit im Nationalsozialismus ist der 16. Dezember 1942 ein Datum, das sich unauslöschlich in das kollektive Gedächtnis unserer Menschen eingegraben hat. Es ist der Tag, an dem Himmler als Reichsführer SS die familienweise Deportation der Sinti und Roma nach Auschwitz-Birkenau angeordnet hat.

Nahezu 23.000 Angehörige unserer Minderheit aus ganz Europa, darunter über 10.000 aus Deutschland, wurden ab Februar 1943 in den Lagerabschnitt B II e des Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau deportiert. Sie fielen fast alle dem Terror und den unmenschlichen Lebensbedingungen zum Opfer oder mussten in den Gaskammern einen qualvollen Tod erleiden. Auch der Name des ehemaligen Konzentrationslagers Sachsenhausen steht stellvertretend für diesen Zivilisationsbruch.

An dem Ort, an dem wir heute stehen, wurden unsere Menschen misshandelt, erschlagen oder als Sklavenarbeiter buchstäblich zu Tode gehetzt. In der Formel „Vernichtung durch Arbeit“ ist die ganze unfassbare Menschenverachtung des SS-Staates und seiner rassistischen Ideologie enthalten. Die gezielte Ausbeutung der Arbeitskraft vor der endgültigen Ermordung war integraler Bestandteil des Völkermords an unserer Minderheit, dem europaweit eine halbe Million Sinti und Roma zum Opfer fiel.

Vor diesem geschichtlichen Hintergrund ist es umso skandalöser, dass sich Sinti und Roma seit Anfang letzten Jahres bei Wahlkämpfen in Bund und Ländern einer bislang beispiellosen Hetzkampagne durch die NPD ausgesetzt sehen. Bundesweit wurden und werden Angehörige unserer Minderheit durch Plakate und Flugblätter mit Slogans wie „Zigeunerflut stoppen!“ bedroht, ausgegrenzt und diffamiert. Fast 70 Jahre nach dem Holocaust darf es für solch eine öffentlich zur Schau gestellte Form der Menschenverachtung gegenüber einer Minderheit, die seit vielen Jahrhunderten in diesem Land beheimatet ist, keinen Platz mehr geben.

Die existenzielle Erfahrung aus den Jahren der NS-Diktatur, in die totale Rechtlosigkeit gestoßen zu werden, hat sich tief in das kollektive Gedächtnis unserer Minderheit eingegraben. Dies erklärt die Empörung unserer Menschen angesichts der NPD-Hetze: Sie haben das Gefühl, vom Staat, auf dessen Schutz sie nach über 60 Jahren Demokratie glaubten vertrauen zu können, erneut im Stich gelassen zu werden.

Trotz engagierter Bürgerinitiativen und zahlreicher erstatteter Strafanzeigen wurden die Behörden nur in wenigen Ausnahmefällen tätig, ansonsten herrschten Hilflosigkeit und Unsicherheit vor. Nur wenige Bürgermeister waren bereit, aufgrund des volksverhetzenden Charakters der Wahlwerbung gegen die Plakatierung der NPD einzuschreiten.

Besonders unverständlich sind die Gerichtsurteile, die das Entfernen der menschenverachtenden Plakate untersagten. Wie kann die Justiz solche massiv pauschal-rassistischen Äußerungen gegen und über Sinti und Roma zulassen oder als legitime Form der politischen Auseinandersetzung rechtfertigen? Eine solche Propaganda im Stil der Nazis wäre gegenüber Juden völlig undenkbar.

Es erfüllt uns mit tiefer Sorge, dass die deutsche Justiz, die nach 1945 die NS-Mörder unserer Angehörigen systematisch von Strafe verschonte, sich jetzt wieder geschichtsblind vor die Rechtsextremisten stellt und das Schüren von Rassenhass zulässt.

Den Verantwortlichen in Justiz und Verwaltung fehlt offenkundig nicht nur jede historische Sensibilität, sondern auch das Bewusstsein, dass die Minderheit der Sinti und Roma durch internationale Abkommen besonders geschützt ist. Wir fordern von der Politik, ernsthaft gesetzliche Schritte zum Verbot rassendiskriminierender Wahlkampfpraktiken zu prüfen, wie dies die damalige Justizministerin Leutheusser-Schnarrenberger dem Zentralrat Deutscher Sinti und Roma bereits zugesagt hat.

Ich möchte abschließend trotz allem meiner Hoffnung Ausdruck geben, dass dieser Staat seine Verantwortung nicht nur gegenüber der Minderheit der Sinti und Roma sondern auch gegenüber den Werten, die unserer demokratischen Kultur zugrunde liegen, wahrnimmt und dafür sorgt, dass kein Bürger dieses Landes noch einmal allein aufgrund seiner Abstammung durch eine vom Wahlleiter zur Wahl zugelassenen Partei verhetzt und entrechtet wird.

Ich danke Ihnen.